

Klaus Dörre

Prekarität – (mehr als) ein Sicherheitsproblem

Im Schatten ausgebauter Sicherungssysteme haben sich Arbeits- und Lebensverhältnisse zunehmend prekarisiert. Die gewachsene Unsicherheit strahlt bis in das gesellschaftliche Zentrum hinein. Wie könnten Strategien aussehen, die dem Trend entgegenwirken?

Klaus Dörre

(* 1957) ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Jüngste Veröffentlichung (zus. mit Robert Castel) *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung*.

klaus.doerre@uni-jena.de



Michael Schinke (© Metall Vorstand)

Wenn eine lebendige Demokratie Antagonismen benötigt, dann sollte man Peter Sloterdijk dankbar sein, denn sein »bürgerliches Manifest« lebt von einer klaren Freund-Feind-Unterscheidung: »Steueraktiven« Leistungsträgern werden »Steuerneutrale« gegenüber gestellt, »die überwiegend von Transferleistungen profitieren«. In einer Welt, in der es einer wohlfahrtsstaatlich umsorgten Lazarusschicht gelingt, die produktiven Gruppen auszulündern, sollen wir uns »weigern, das Interesse an Sicherheit bis zur Erbärmlichkeit voranzutreiben« (Sloterdijk). Solche Empfehlungen ließen sich rasch ad acta legen, spielten sie nicht mit der traditionellen Angst bürgerlicher Schichten vor den »gefährlichen Klassen«. Nichts ist aus der Mittelschichten-Perspektive bedrohlicher als der »Virus Leistungsfeindlichkeit«, der vermeintlich von den Unterschichten verbreitet wird. Und nichts scheint verlockender, als soziale Wohltaten für passive Transferbezieher einzuschränken, um die eigentlichen Leistungsträger von einem Teil ihrer Steuerlast zu befreien. Unbeachtet bleibt bei solchen Vorschlägen allerdings, dass es sich lediglich um die – radikalere – Version einer Rezeptur handelt, deren Anwendung in den reichen Gesell-

schaften des Westens schon vor der Finanzmarktkrise zur »Wiederkehr der sozialen Unsicherheit« geführt hat.

Im Zentrum der wieder akuten sozialen Frage steht eine Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, die sich – und das ist neu – im Schatten ausgebauter Sicherungssysteme vollzieht. Die Ursachen sind im ökonomischen wie im politischen System zu suchen. So hat der internationale Finanzmarktkapitalismus einen Möglichkeitsraum für Unternehmensstrategien geschaffen, die soziale Regeln unterlaufen und die Unwägbarkeiten volatiler Märkte über externe Flexibilisierungsmechanismen (Ausgründungen, Auslagerungen, Werkvertragsvergabe, Leiharbeit etc.) an die Belegschaften weitergeben. Flexible und häufig prekäre Beschäftigungsformen werden zunehmend strategisch genutzt. Werkvertragsnehmer, Leiharbeiter, befristet Angestellte, Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigte bilden Personalpuffer, deren Beschäftigungsvolumen dem Konjunkturverlauf angepasst werden kann. Die soziale Unsicherheit, die von solchen Flexibilisierungsstrategien ausgeht, wird hierzulande durch einen Wohlfahrtsstaat, der das Prinzip der Stattsicherung aufgegeben hat, noch zusätzlich verstärkt.

Die arbeitsmarktpolitischen Folgen des Gleichklangs von unternehmerischer Flexibilität und staatlicher Aktivierung bilden sich inzwischen auch in der Statistik ab. So gab es 2008 bereits 7,7 Mio. atypisch Beschäftigte (Zeitarbeit, Teilzeit, Befristete, geringfügig Beschäftigte) sowie 2,1 Mio. Solo-Selbstständige. Binnen zehn

Jahren ist die Zahl der nichtstandardisierten Beschäftigungsverhältnisse um 46,2 % und die der Solo-Selbstständigen um 27,8 % gestiegen. Demgegenüber haben die Normalarbeitsverhältnisse trotz steigender Erwerbsquote um 3 % abgenommen. Zwar darf atypische nicht mit prekärer Beschäftigung gleichgesetzt werden, doch überdurchschnittlich große Niedriglohn- und Armutsrisiken, die mit nichtstandardisierter Beschäftigung einhergehen, verweisen auf eine große Überlappungszone. Der expandierende Niedriglohnsektor umfasst inzwischen mehr als 22 % aller Beschäftigungsverhältnisse. Er zeichnet sich durch eine enorme Lohnspreizung und eine geringe Aufwärtsmobilität aus, und er ragt auch in die formal geschützte Vollzeitbeschäftigung hinein. Immerhin 11,1 % der Normalbeschäftigten (1,6 Mio.) verdienten 2006 weniger als zwei Drittel des Medianlohns. Nach wie vor zählen Frauen in Dienstleistungsberufen, Migranten und formal niedrig

Qualifizierte zu den Hauptbetroffenen. Neu ist jedoch, dass zunehmend auch solche Arbeiter-, Angestellten- und Selbstständigengruppen betroffen sind, die in der Ära des sozialen Kapitalismus zu den gesicherten zählten.

Arbeitnehmer zweiter Klasse

Jener »Fahrstuhl nach oben«, der in den Nachkriegsjahrzehnten trotz fortbestehender Ungleichheiten dem Gros der Lohnabhängigen ein kollektives Mehr garantierte, fährt seit Längerem in die entgegengesetzte Richtung. Deshalb verwandelt sich die marginale sukzessive in eine diskriminierende Form der Prekarität. Dabei geht es überwiegend nicht um absolute Armut, vollständige Verelendung und totale soziale Isolation. Diskriminierende Prekarität entfaltet sich in Relation zu akzeptierten gesellschaftlichen Normalitätsstan-

dards. Neben Einkommens- und Beschäftigungsunsicherheit ist sie in den Dimensionen Anerkennung, Integration in soziale Netzwerke und politischer Partizipation mit dauerhafter Benachteiligung verbunden. Spontan löst sie Konkurrenzen unter Beschäftigten und Arbeitslosen aus. An der Verfügung über Sozialeigentum (wohlfahrtsstaatlich garantiertes Eigentum zu kollektiver Existenzsicherung) entzündeten sich soziale Kämpfe, die die Beherrschten unter sich ausfechteten. Diese Konfliktodynamik lässt sich in der aktuellen Krise gut beobachten. So neigen Management und Interessenvertretungen in stiller Übereinkunft dazu, zunächst die Interessen der Stammebelegschaften zu vertreten. Deshalb werden Leiharbeiter und andere prekär Beschäftigte häufig ohne nennenswerte Widerstände »freigesetzt«. Auf diese Weise wird forciert, was bereits vor der Krise als Herausbildung von »Arbeitnehmern zweiter Klasse« bezeichnet wurde. Prekär Beschäftigte machen inzwischen häufig die gleiche Arbeit wie Stammbeschäftigte, dies allerdings für 30 bis 50 % weniger Lohn und bei abnehmender Wirksamkeit von kollektiven Schutz- und Partizipationsrechten.

Angesichts solcher Verhältnisse kommt Sloterdijks Empfehlung, die Sozialdemokratie müsse »an erster Stelle den berechtigten Stolz« der »Steueraktiven« artikulieren und dürfe nur in zweiter Linie »der Wut der Arbeitslosen zu ihrem Recht verhelfen«, einer Aufforderung zum politischen Selbstmord gleich. Die Vorstellung, »produktive Leistungsträger« könnten ihre Interessen sichern, indem sie den Prekarisierten und Ausgegrenzten die Solidarität aufkündigen, basiert auf einem kapitalen Fehlschluss. Denn einem Bumerang gleich schlägt die Prekarisierung auch auf die vermeintlich geschützten Gruppen zurück. Ständige Unsicherheit schwächt die Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement. Sie blockiert ein Zukunftsbewusstsein, das unabdingbare Voraussetzung für

die Aneignung eines ökologischen Lebensstils ist. Und sie ist in der Regel mit der Verknappung jener materiellen und kulturellen Ressourcen verbunden, die für einen längerfristigen Lebensplan und eine darauf gegründete Flexibilitätsbereitschaft unabdingbar sind.

Entprekarisierungsstrategien

Weil die disziplinierende Wirkung unsicherer Verhältnisse bis in das gesellschaftliche Zentrum hinein ausstrahlt, entsprechen Entprekarisierungsstrategien auch den Interessen der vermeintlich Gesicherten. Eine solche Politik muss auf drei Säulen beruhen. Erstens geht es um wirksame Schutzmaßnahmen wie etwa einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, der ein Leben oberhalb einer »Schwelle des Respekts« ermöglicht. Mindestlöhne dürfen allerdings nicht durch Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken konterkariert werden, die prekäre Beschäftigung aufwerten und den Druck auf die unteren Lohngruppen zusätzlich verstärken. Zusätzlich bedürfen sie einer Ergänzung durch Maßnahmen, die den Interessen jener flexibel beschäftigten Kreativarbeiter entsprechen, für die das Normalarbeitsverhältnis als verbindliches Leitbild des eigenen Lebensentwurfs ausgedient hat. Diese Gruppen benötigen vor allem individuelle Schutz- und Partizipationsrechte, die an das Vertragsverhältnis gekoppelt sind und z.B. vor der Überausbeutung assoziativer Arbeit, etwa bei der Pflege von sozialen Netzwerken und Kundenbeziehungen, schützen.

Als zweite Säule werden Demokratisierungspolitiken benötigt, die auf eine Repräsentanz von Prekarisierten und Ausgegrenzten in den Öffentlichkeiten zielen. Auch hier ist ein weites Spektrum politischer Impulse denkbar, das von symbolischer Vertretung über eine Förderung von Ansätzen einer solidarischen Ökono-

mie bis hin zu Antidiskriminierungspolitiken und zur gewerkschaftlichen Organisation prekär Beschäftigter reicht. Wichtig ist, dass offensive Partizipationspolitiken gerade auch am Arbeitsplatz und in den Unternehmen ansetzen. Eine Sensibilisierung der Interessenvertretungen und eine Etablierung von Qualitätsstandards für »gute Arbeit« sind hierfür unabdingbar.

Wirklich offensiv werden Entprekariierungsstrategien aber erst, wenn sie in eine ganzheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eingebettet werden. Die skandinavischen Länder mit ihren noch immer generösen Wohlfahrtsstaaten beweisen, dass niedrige Langzeitarbeitslosigkeit keineswegs mit dem Preis einer fortschreitenden Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse erkaufte werden muss. Sie verdeutlichen, dass Einkommens- und vor allem Beschäftigungssicherheit für gesellschaftliche Mehrheiten eine Voraussetzung für und keineswegs die Folge von individueller Flexibilität in der Arbeitswelt ist. Diesen Zusammenhang zu verdeutlichen,

gehört im Grunde zum, längere Zeit wohl vernachlässigten, sozialdemokratischen Kerngeschäft. Allerdings – und hier hat Sloterdijk ein wenig Recht – taugt auch das nordische Wohlfahrtsstaatsmodell nicht mehr als universelles Leitbild. Die sogenannten Leistungsträger, die sich in ihrer Mehrheit übrigens gegen »mehr Druck auf Arbeitslose« aussprechen, müssen davon überzeugt werden, dass ein »Green New Deal«, wie er inzwischen geradezu als letzter Rettungsanker kapitalistischen Wachstums diskutiert wird, ohne eine Verknüpfung mit sozialer Nachhaltigkeit und mit Demokratisierungszielen letztendlich nicht zu haben ist. Hier liegt das entscheidende Problem. Es geht um nicht weniger, als um eine Alternative zum zeitgenössischen Finanzmarktkapitalismus. Dass sie für solch grundlegende gesellschaftliche Alternativen und damit für einen politischen Antagonismus stand, hat die Linke in der Vergangenheit stark gemacht. Gelingt es ihr nicht, den Diskurs um eine humane Transformation des Kapitalismus wieder zu besetzen, verliert sie ihre Existenzberechtigung.

Ulrike Merten

Nicht nur Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt

Anstatt sich in einer überflüssigen Diskussion darüber zu verstricken, ob man bei dem Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan nun von Stabilisierungseinsatz, Kampfeinsatz oder von Krieg sprechen sollte, wäre es wesentlich sinnvoller, an einer breiteren Unterstützung der Bevölkerung zu arbeiten. Gute Gründe für ein weiteres Engagement gibt es nämlich zur Genüge.

Zu behaupten, das Thema Afghanistan würde die Menschen ständig umtreiben, wäre – gelinde gesagt – eine Übertreibung. Es rückt aber immer dann ins Blickfeld, wenn sich die Lage dort ein weiteres Mal zuspitzt und sich dies mit Tod oder Verwundung deutscher Soldaten verbindet. Dies ist leider in den vergangenen Mona-



SUSANNA HERAUROHRT

Ulrike Merten

(* 1951) war MdB von 1998 bis 2009, von 2002 bis 2005 stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Fraktion und seit 2005 Vorsitzende des Verteidigungsausschusses.

ulrike.merten-hamann@web.de